

«Wir sagen, warum die Menschen arm sind»

«Wochen, nachdem die Konzernverantwortungsinitiative nur knapp nicht gewonnen wurde, gehen die Meinungen, was eine Organisation wie Fastenopfer politisch «darf oder nicht darf», weit auseinander. Bernd Nilles, Geschäftsleiter von Fastenopfer ist besorgt über diese Entwicklung.

Von Colette Kalt, Fastenopfer

Bernd Nilles, Hand aufs Herz, darf Fastenopfer sich gemäss seinem Auftrag überhaupt politisch engagieren?

Bernd Nilles: Fastenopfer hat gemäss Statut den Auftrag, neben der konkreten Projektarbeit im Süden auch politische Rahmenbedingungen für die Armen und für eine nachhaltige Entwicklung zu verbessern. Politisches Engagement liegt also quasi in unserer DNA und wird auch von unseren Spendenden so wahrgenommen.



Bernd Nilles, Geschäftsleiter von Fastenopfer.

Bild: zVg

Lassen Sie es mich in den Worten von Papst Franziskus sagen: Wir versuchen den Schrei der Armen und der Erde zu hören und die Strukturen der Unterdrückung der Armen zu überwinden. Und unser Leistungsausweis ist beträchtlich, denn im Jahr 2019 konnte Fastenopfer über 620 000 Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika direkt erreichen. Das bedeutet: bessere Lebensbedingungen, weniger Hunger und gesicherte Menschenrechtssituationen für 2,7 Millionen Menschen in 14 Ländern.

Wir helfen, aber wir fragen auch und sagen, warum die Menschen arm sind. Denn Armut hat viele Ursachen. Und einige dieser Ursachen liegen auch in der Schweiz. Wir haben also eine Mitverantwortung, un-

sere Handelsverträge, unseren CO₂-Ausstoss, das Wirtschaften der hiesigen multinationalen Konzerne, unseren Konsum so zu gestalten, dass dies nicht die Armen trifft und benachteiligt. Wenn wir Probleme in unseren Programmländern sehen, deren Ursachen in der Schweiz liegen, oder wenn wir sehen, dass die Schweiz Teil der Lösung sein kann, ist es unser Auftrag, dies öffentlich zu machen.

Dennoch, die Stimmen verstummen nicht...

Zu Unrecht, denn Fastenopfer hat nur einen kleinen Beitrag zur gesamten Konzernverantwortungsinitiative (KVI) geleistet. Die KVI wurde von 130 Organisationen getragen und vor allem durch Spenden aus der Bevölkerung finanziert, die direkt an die KVI überwiesen wurden. Die Kampagne wurde somit nicht nur von einer enorm grossen und breiten gesellschaftlichen Allianz, sondern vor allem von zahlreichen engagierten Personen in der Bevölkerung selbst getragen. Dies ging in den Medien unter. Wenn Fastenopfer Geld an eine Kampagne beiträgt wie die KVI, so sind dies vor allem zweckbestimmte Mittel und Zuwendungen, welche für unsere Menschenrechtsarbeit oder konkret für die Initiative gespendet wurden.

Wie sieht es denn mit den Geldern der Fastenkollekte aus, wer entscheidet, wie diese eingesetzt werden?

Bei der Fastenkollekte ist es so, dass die Pfarreien entscheiden, welche Projekte und Programme unterstützt werden sollen. Spendet eine Pfarrei für unser Landesprogramm Senegal, gehen alle Spenden der Pfarreikollekte in dieses Landesprogramm. Auch Beiträge von Kirchgemeinden sind grösstenteils zweckbestimmt und werden dementsprechend nur für das Projekt genutzt, wofür sie gespendet wurden. Der Entscheid, wie Kirchgemeinden ihre Gelder einsetzen, liegt bei den Kirchgemeinden und nicht bei Fastenopfer.

Die zweckbestimmte Verwendung von Geldern ist ein wichtiger Aspekt der ZEW-Zertifizierung und der internen Abläufe bei Fastenopfer. Diese Prozesse sind genau definiert und werden auch regelmässig überprüft. Nur allgemeine Beiträge dür-

fen von Fastenopfer frei verwendet werden, jedoch immer im Rahmen der in den Statuten definierten Aufgaben und Stiftungszwecke. Dabei setzen wir auf grosse Transparenz. Wir informieren unsere Spenderinnen und Spender aber auch alle anderen Beitragsgeber wie Stiftungen, Kantonalkirchen, Kirchgemeinden und die Öffentlichkeit über die unterstützten Projekte und die Verwendung der Gelder in unserem Jahresbericht und den ergänzenden Informationen auf unserer Website.

Offener Brief an BR Ignazio Cassis

«Aufgrund des Engagements der Hilfswerke für die Konzernverantwortungsinitiative haben Sie die Praxis der Vergabe von Bundesgeldern erneut verschärft und die politische Kontrolle über deren Verwendung noch mehr ausgeweitet. Künftig dürfen Hilfswerke das Geld der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) nicht mehr für Informations- und Bildungsarbeit im Inland verwenden. Konkret: Ein Hilfswerk darf zwar weiterhin afrikanische Bäuerinnen im Gewinnen von traditionellem Saatgut unterstützen, in der Schweiz aber keine Veranstaltungen mehr durchführen, die die Macht multinationaler Konzerne über die Landwirtschaft im südlichen Afrika beleuchten. ...» Basisgruppen/Basisgemeinschaften

Chêne, Genf, Küsnacht am Rigi, Luzern Nord, Luzern Süd, Meyrin, Nyon, St. Gallen

Und bei den Deza-Geldern, die Steuergelder sind?

Die DEZA finanziert Entwicklungshilfemassnahmen vor allem über erfahrene Hilfsorganisationen wie Fastenopfer oder internationale Organisationen. Wir sind seit vielen Jahren Partner der DEZA und arbeiten hervorragend zusammen. In den nächsten vier Jahren legen wir in unserem DEZA finanzierten Programm einen besonderen Schwerpunkt auf Ernährungssicherung in 14 Ländern. Die Gelder von der DEZA werden gemäss einem umfangreichen Programmdokument mit angestrebten Zielen und Wirkungen eingesetzt und dürfen nicht für politische Arbeit in der Schweiz verwendet werden.